

AKTIVE ARBEITSLOSE

MEHR RECHT FÜR ARBEITSLOSE!



SOLIDARITÄT · RECHTSHILFE · TIPPS · AKTIONEN

www.aktive-arbeitslose.at

AKTIVE ARBEITSLOSE

Auf dem Weg zur Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft

Zum Wesen und Sinn einer echten Beteiligung der
Betroffenen in der Sozialversicherung

www.aktive-arbeitslose.at



Inhaltsübersicht

- Was geschah bisher?
- Warum brauchen wir eine Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft?
(Stand der Dinge)
- Was bedeutet Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft?
- Welche Aufgaben soll sie haben?
- Wie rufen wir sie ins Leben?



Warum brauchen wir eine Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft?

- Die Zahl der Erwerbsarbeitslosen und Armen steigt
- Der individuelle Druck auf Arbeitslose durch das AMS steigt
- ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen und AMS agieren in ihrer Entscheidungsfindung ohne Einbindung der Betroffenen und Betroffenen selbstorganisationen
- Das AMS ist dem sozialpartnerschaftlichen (rot-schwarzen) Proporzregime unterworfen und durch dieses personell besetzt
- AK und ÖGB reden einerseits in den AMS-Aufsichtsgremien mit und sind andererseits als EigentümerIn der bfi/baf/BBRZ-Gruppe der größte Anbieter von AMS-Maßnahmen
- Erwerbsarbeitslose haben keine adäquate Interessenvertretung!



Was geschah bisher?

- Forderung der Dritten Armutskonferenz 1998
- Arbeitsgruppe im Armutsnetzwerk OÖ, Konzeptentwurf 2004
- Forderung des 2. Austrian Social Forums
- OÖ Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und Grünen 2003: Einrichtung fix vereinbart, Tagung, Projektgruppe, Grobkonzept, nicht umgesetzt
- Positionspapier des Arbeitslosenvereins „Zum alten Eisen?“: Interessenvertretung von Arbeitslosen. Möglichkeiten und Perspektiven
- Entschließungsanträge SPÖ und Grüne 2004 im Nationalrat: abgelehnt
Antrag SPÖ im Gemeinderat Wien an Nationalrat: angenommen
Antrag Grüne im Gemeinderat Wien Einrichtung in Wien: abgelehnt
- Studie AK OÖ 2007
- Anträge der Grünen 2008
- Arbeitsübereinkommen der Wiener Landesregierung 2010
Studie mit Fokus-Gruppen, keine weiteren Gespräche mit Arbeitsloseninitiativen



Wie zufrieden sind die Betroffenen mit dem Arbeitsmarktservice?

In einer Studie der Arbeiterkammer Oberösterreich wurden Erwerbsarbeitslose gefragt, wie zufrieden sie mit dem AMS seien.

Die gute Nachricht:

- 77 % der Befragten hielten ihre BetreuerInnen für „immer korrekt“.
- 69 % meinten, die BetreuerInnen hätten „ausreichend Zeit“ gehabt.
- 67 % der Befragten meinten, es sei auf „individuelle Situation“ Rücksicht genommen worden und eine Kursteilnahme hätte „bessere Jobaussichten“ gebracht.



Wie zufrieden sind die Betroffenen mit dem Arbeitsmarktservice?

Die schlechte Nachricht:

- 46 % gaben an, dass ihnen vom AMS „lediglich unpassende Arbeitsstellen“ angeboten wurden.
- 44% gaben an, dass sie ihren Betreuungsplan nicht kennen.
- 30 % jener, die ihn kennen, halten ihn zudem für nicht sinnvoll.
- 34 % gaben an, dass ihnen vom AMS keine Arbeitsstellen angeboten wurden.
- 24 % wurde schon einmal mit Sperre gedroht.
- 22 % mussten bereits einen gleichen Kurs noch einmal machen.



Wie zufrieden sind die Betroffenen mit dem Arbeitsmarktservice?

Eine Umfrage des von Arbeitslosenorganisationen durchgeführten Gesundheitsprojekts „Würde statt Stress“ ergab:

1% freut sich auf die nächste AMS-Maßnahme

3 % werden gut am AMS beraten

21 % bekommen physische und psychische Beschwerden, wenn sie einen Kurs machen müssen, den sie nicht ausgesucht haben

28 % schlafen manchmal vor dem AMS-Termin schlecht bzw. bekommen Herzklopfen

29 % bekommen diverse Beschwerden, wenn sie einen AMS-Kurs machen müssen, den sie nicht selbst ausgesucht haben

29 % finden es belastend, bald wieder einen AMS Kurs machen zu müssen

33% fühlen sich nicht ausreichend beraten

36 % fürchten sich vor dem Kontakt mit dem AMS!



Was wünschen sich arbeitslose Menschen vom AMS?

- Korrekte und proaktive Aufklärung über Rechte und Möglichkeiten
- Genügend Zeit für die Beratung
- Respektvollen Umgang auf gleicher Augenhöhe
- Nicht als Nummer und Schmarotzer behandelt zu werden
- Vermittlung entsprechend den eigenen Wünschen (Menschenrecht auf FREI gewählte Arbeit)
- Frei gewählte Kurse, die auf die eigenen Bedürfnisse eingehen. Keine Arbeitslosenghettos!



Sanktionen und Sperren

- Laut AMS Österreich hat sich die Anzahl der verhängten Sperren seit den 1990iger Jahren mehr als verfünffacht.
- In Oberösterreich wurden Sanktionen dieser Art – verglichen mit Gesamtösterreich – häufiger verhängt.
- Die aktuelle Zahl beläuft sich auf rund 100.000 im Jahr (= bestätigte Sperren, keine Zahlen über „vorläufige Bezugssperren“).
- Bezugssperren werden willkürlich verhängt, Entwicklung in Bundesländern sehr verschiedenen, aber auch von Geschäftsstelle zu Geschäftsstelle
- Sanktionen werden auf reinen Verdacht ohne vorherigem Parteiengehör hin „vorläufig“ zu 100% (= Existenz gefährdend) verhängt. Betroffene, die kaum ihre Rechte kennen, müssen dann erst ihre Unschuld beweisen.
- Aufgrund geringer Rechtskenntnisse und fehlender Verfahrenshilfe machen nur 3% der gesperrten eine Berufung/Beschwerde (Erfolgsquote ca. 30%), nur 30 gehen bis zum Verwaltungsgerichtshof = 0,3 Promille!



Wunsch nach einer Arbeitslosen-anwaltschaft

Umfrage AK OÖ 2007:

- 64% wünschen sich manchmal eine vom AMS unabhängige Person, die beim Durchsetzen der Rechte hilft
- Große Zustimmung auf Frage, ist eine Arbeitslosen-anwaltschaft notwendig?
 - 3,1% Nein, ist nicht notwendig
 - 8,9% Ist mir egal.
 - 38,5% Ja, wäre manchmal hilfreich.
 - 35,0% Ja, ist unbedingt notwendig.
 - 14,4% Ich habe keine Meinung dazu.
- 66,5% der unter sechs Monate, aber 81,4% der über zwei Jahre Arbeitslosen halten sie „hilfreich“ + „notwendig“
- Ältere (unter 25 Jahre: 27,7%, über 45 Jahre: 49,5%) und kranke/gesundheitlich eingeschränkte (30% vs. ca. 40%) Arbeitslose sehen deutlich höhere Notwendigkeit



(Menschen)Rechtliche Notwendigkeit

ILO Übereinkommen 122 – Übereinkommen über die Beschäftigungspolitik.
Veröffentlicht als Bundesgesetz BGBl. 355/1972

„Bei der Durchführung dieses Übereinkommens sind **Vertreter der Personen, die von den beabsichtigten Maßnahmen betroffen werden**, und insbesondere Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer **in bezug auf die Beschäftigungspolitik anzuhören**, damit **deren Erfahrung und Meinung volle Berücksichtigung finden** und damit ihre volle Mitarbeit bei der Ausarbeitung dieser Politik und somit die Unterstützung dieser Politik gesichert werden.“

UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte:

„Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auch auf, sicherzustellen, dass die Aussetzung von Arbeitslosenunterstützungen nicht das Recht eines/einer jeden verletzt, seinen/ihren Lebensunterhalt durch eine frei gewählte oder angenommene Arbeit – gemäß Art. 6 des Paktes – zu verdienen, und dass **ein regelmäßiger und offener Dialog zwischen Arbeitsmarktservice und Arbeitslosen geführt wird**, um individuelle Bedürfnisse und Anliegen zu berücksichtigen.



ILO Empfehlung 202: Sozialer Basisschutz (Social Protection Floor)

... ist ein Versuch Mindeststandards für Soziale Sicherheit zusammenzufassen, denn das Recht auf Soziale Sicherheit ist ein Menschenrecht.

Beschlossen auf der 101. Sitzung der ILO im Jahr 2012

Grundsätze (Auswahl):

- Sicherstellung der Würde und innerstaatlicher Schutz für Empfänger
- Angemessenheit und Vorhersehbarkeit der Leistung
- Wirksame und zugängliche Beschwerde und Einspruchsverfahren
- Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter, Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse
- Die Betroffenen müssen bei Entwurf, Umsetzung, Überwachung und Evaluierung sozialer Programme angehört werden



ILO Empfehlung 202: Sozialer Basisschutz

Ergänzungsvorschlag des UNO Menschenrechtskommissars zu den Grundsätzen von ILO Empfehlung 202:

Besondere Hervorhebung der „Förderung und Respektierung der Rechte und Würde der Bedürftigen/Begünstigten“ durch eigenes Unterkapitel:

- Organisationen der Betroffenen sollen nicht nur angehört sondern auch beteiligt werden (Partizipation)
- Ungleichgewicht der Macht berücksichtigen
- Breitest mögliche Beteiligung besonders auch von verletzlichen und benachteiligten Gruppen sicher stellen
- Mechanismen mit denen die Verursacher von Rechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können



Grundsätzliches

- Verein: unabhängig und weisungsfrei
- Niederschwellig und kostenlos
- Volle Mitsprache der Betroffenen und Betroffenen selbstorganisationen
- Agiert als Informationsdrehscheibe, Beirat mit allen Arbeitsmarktpolitischen AkteurInnen, Vernetzung mit allen relevanten Bereichen
Politischer Beirat mit allen beschäftigungspolitischen AkteurInnen
Wissenschaftlicher Beirat
- Ganzheitlich, alle Problemlagen umfassend. Kernbereiche: AMS, Mindestsicherung, Invaliditätspension
- Pilotprojekt in Wien mit Ausweitung auf je eine Stelle in jeder Bundeshauptstadt
- Finanziert durch Arbeitslosenversicherung
(Sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte dürfen jetzt schon 1% der AMS-Förderungen für ihren Dachverband umwidmen!)



Die Aufgaben einer Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft

- Juristische Beratung und Unterstützung in Problemsituationen. Ausbildung von Peer-to-Peer BeraterInnen und AMS-BegleiterInnen
- Vertretung durch Arbeitslosenanwalt in Rechtsangelegenheiten. Führung von Musterprozessen
- Kritische und unabhängige Forschung und Berichterstattung im Sinne der Betroffenen.
- Öffentlichkeitsarbeit für Anliegen von arbeitslosen Menschen – Aufbau eines Netzwerks
- Einbeziehung und Unterstützung von Betroffenen selbst-organisationen (Arbeitsloseninitiativen, ArbeitslosenbetriebsrätInnen und -sprecherInnen, Arbeitslosenparlament)
- Mitsprache von Betroffenen selbstvertretungen in den AMS-Maßnahmen und in den SV- und AMS-Aufsichtsgremien usw.



Quellen und Literatur

- Dietmar Köhler: Interessenvertretung von Arbeitslosen, Verein „Zum alten Eisen?“ 2004
http://www.aktive-arbeitslose.at/download/koehler_2004_interessenvertretung_arbeitslose
- Konzeptentwurf „Arbeitslosen-anwaltschaft“ in Oberösterreich, Armutsnetzwerk OÖ, 2004
http://www.aktive-arbeitslose.at/download/OOe_Arbeitslosen-anwaltschaft_040628
- Christian Winkler: Arbeitslosen-anwaltschaft. Überlegungen zur Einrichtung in Oberösterreich
http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=254&Itemid=3
- Diskussion Wiener Gemeinderat über Antrag der Grünen zur Errichtung einer Arbeitslosen-anwaltschaft
<http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2004/gr-042-w-2004-04-28-041.htm>
- Antrag der SPÖ an den Nationalrat: Einrichtung und die Tätigkeit einer Arbeitslosen-anwaltschaft (390/A)
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/A/A_00390/index.shtml (6.5.2004)
- Glocalist Reviw Ausgabe 31/2004 (17.5.2004): Arbeitslosensprecher
<http://www.libica.org/salon/wp-content/uploads/2012/07/glocalist31.pdf>
- Grüner Antrag an den Nationalrat: Einrichtung und die Tätigkeit einer Arbeitslosen-anwaltschaft (404/A)
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/A/A_00404/index.shtml (27.5.2004)
- Glocalist Reviw Ausgabe 70/2005: Tag der Arbeit - Arbeitslosen-anwaltschaft
http://www.soned.at/images/glocalist/Glocalist_Nr.70.pdf



Quellen und Literatur II

- Parlamentskorrespondenz 25.5.2005: Keine Zustimmung zur Arbeitslosen-anwaltschaft
http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2005/PK0430/
- Christine Stelzer-Orthofer / Helga Kranewitter / Iris Kohlfürst: Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich, Johannes Kepler Universität 2007
http://www.jku.at/gespol/content/e89197/e94813/e101709/e101743/Lebens-undProblemlagenarbeitsloserMenscheninO_Endfassung2007_ger.pdf
- Antrag Grüne an den Nationalrat: Bundesverfassungsgesetz über die Einrichtung einer Arbeitslosen-anwaltschaft (144/A) vom 3.12.2008
Anmerkung: Leider nur von oben herab eingesetzte Einrichtung a la Volksanwaltschaft!
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_00144/index.shtml
- Regierungsübereinkommen Wien 2010 – 2015, SPÖ und Grüne Alternative
<https://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsuereinkommen-2010/finanzen-wirtschaftspolitik-stadtwerke/index.html>
- Aktive Arbeitslose: Befragung der wahlwerbenden Parteien zur Nationalratswahl 2013, Frage 10: Arbeitslosen-anwaltschaft
http://www.aktive-arbeitslose.at/nationalratswahl2013/antworten_beschaefigungspolitik_10.html
- Aktive Arbeitslose: Befragung der wahlwerbenden Parteien zur AK-Wahl 2014, Frage 13: Arbeitslosen-anwaltschaft
http://www.aktive-arbeitslose.at/akwahl2014/fragebogen_antworten_frage13.html



Danke für Ihre Aufmerksamkeit



* martin.mair@aktive-arbeitslose.at

* karin.rausch@aktive-arbeitslose.at